

16/1999

Europa der Bürger statt linker Zentralismus

Unter diesem Motto steht der gemeinsame Wahlaufwurf von CDU und CSU zur Europawahl, den die Vorsitzenden der beiden Schwesterparteien Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber am 18. Mai in Bonn vorgestellt haben.

Die Europawahl am 13. Juni – so heißt es in dem Wahlaufwurf – ist „eine grundlegende Weichenstellung“: Es geht „um Stabilität statt Unsicherheit“, „um Visionen statt Perspektivlosigkeit“.

In dem Wahlaufwurf setzen sich CDU und CSU für ein „Europa der Regionen und Nationen“ ein. Diese müßten auch in Zukunft „Träger der europäischen Eignung auf vertraglicher Grundlage“ bleiben. In der Form eines „Verfassungsvertrags“ sollen „Grundwerte und Zuständigkeiten“ festgeschrieben werden.

Der rot-grünen Bundesregierung wird vorgeworfen, in den ersten Monaten ihrer Amtszeit „schwere Fehler“ in der Europapolitik gemacht zu haben. Sie habe die „Partner verprellt und gewachsenes Vertrauen erschüttert“. Auf dem Berliner EU-Gipfel habe sie Nachteile für Deutschland in Kauf genommen, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen „ungerechtfertigt große Opfer abverlangen“.

Wolfgang Schäuble: „Viele Wähler werden am 13. Juni ihre Unzufriedenheit mit der Regierung Schröder zum Ausdruck bringen.“



Europa MUSS MAN RICHTIG FEIERN.

Europa-Fest der CDU in der Kölnarena.
Sonntag, 30. Mai 1999, 11 bis 15 Uhr



Zum Europafest der CDU, dem Höhepunkt des Europawahlkampfes der Partei laden Wolfgang Schäuble und Angela Merkel in die Kölnarena ein. Programm siehe Seite 34.

Kurz & gut

Über die 630-Mark-Jobs

Mehr noch als über europapolitische Fragen wird nach Einschätzung des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch bei der Europawahl im Juni abgestimmt werden. Das Gesetz kostet Hunderttausende von Arbeitsplätzen und Millionen von Mark in den Unternehmen. Koch: „Dafür wird man bei Wahlen brutal bestraft.“

Mit einem Traumergebnis

ist auf dem 49. Landespartei der CDU Rheinland-Pfalz Christoph Böhr in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt worden. Böhr erhielt 371 der 379 gültigen Stimmen und steuert nun mit „geblähten Segeln“ die Partei auf die Kommunalwahlen im Juni zu.

Erstmals seit 1945

stellt die CDU in Mülheim (Kreis Offenbach) den Bürgermeister. Mit 54,1 Prozent der Stimmen gewann am 8. Mai der CDU-Kandidat Bernd C. Müller die Stichwahl gegen Klaus Barthelmes von der SPD. Die Wahlbeteiligung lag bei 51 Prozent.

Mehr als 500 neue Mitglieder

seit der Bundestagswahl in die CDU Rhein-Sieg eingetreten. Wie die Kreisgeschäftsstelle in Siegburg mitteilt, zählt der CDU-Kreisverband jetzt 8.550 Mitglieder und ist damit einer der mitgliederstärksten Kreisverbände der CDU.

Jobmaschine Mittelstand

Während die großen Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten von März 1996 bis März 1998 rund 422.000 Jobs abgebaut haben, haben im gleichen Zeitraum die mittelständischen Unternehmen mit höchstens 499 Mitarbeitern mehr als 46.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Durch massive Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes erkauf

Auch die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt leidet unter der widersprüchlichen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik der Schröder-Regie-

lung. „Eine bleierne Schwere“ – so Hermann Kues, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – „hat sich ausgebreitet, die Eigen-

initiative, Kreativität und Selbstständigkeit erstickt.“ Regulierung statt Arbeit heißt das Motto. Von Dynamik auf dem Arbeitsmarkt ist nichts zu spüren. Der

leichte Rückgang der Arbeitslosen um 143.000 ist ausschließlich auf saisonale Schwankungen zurückzuführen und durch die massive Ausweitung des zweiten

Arbeitsmarktes erkauf worden. Allein durch das Programm für 100.000 arbeitslose Jugendliche wird die Statistik um rund 50.000 Arbeitslose bereinigt.

DAS WICHTIGSTE DER WOCHEN NR. 16 AUF EINER SEITE

Andere können auch nicht ständig „nachbessern“, Herr Schröder. Politik muß gleich richtig gemacht werden – nach der Devise: erst nachdenken, dann handeln.

Generalsekretärin Angela Merkel

Generalsekretärin Angela Merkel: Europa muß man richtig machen

Die SPD hat ihr Logo neuerdings mit der Unterzeile versehen: „Gut für Sie. Gut für Europa.“ Das ist zu wenig, und es ist deshalb gut, daß wir einen Vergleich anstellen und sagen: „CDU – das ist besser für Sie und besser für Europa.“

Wir treten mit dem Anspruch an, das Beste für die Menschen und für Europa zu erreichen: Europa muß man richtig machen.

Erst denken – dann handeln

Es kann nicht angehen, sich nur mit dem rückgängig-Machen des rückgängig-Gemachten zu beschäftigen.

- Andere können auch nicht ständig „nachbessern“.
- „Nachbessern“ ist auf dem besten Weg, das Unwort des Jahres 1999 zu werden.
- In der Politik wie im richtigen Leben gilt: Erst denken, dann handeln.

CDU – die deutsche Europa-Partei

Wir wollen ein starkes Europa. Denn ein starkes Europa verbindet eine starke Wirtschaft

mit einer solidarischen Gesellschaft und einer demokratischen Ordnung.

Wir wollen ein Europa, das seinen Beitrag zu einer friedlicheren und besseren Welt leistet. Wir wollen ein Europa, das seinen Bürgern in seinen Institutionen nahe ist.

Die CDU hat nicht nur eine Vision von einem solchen Europa, sondern auch die Kompetenz, diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen.

Unser Leitmotiv „Europa muß man richtig machen“ wollen wir mit dem Motto „mitten im Leben“ verbinden. Wir werden deshalb mit unserem „Euro-Truck“ auf Straßen und Plätze fahren, die Menschen dort suchen, wo sie sich außerhalb der eigenen vier Wände aufhalten, und auch dort abholen, wo sie mit ihren Gedanken sind: bei ihren Sorgen um Freiheit und Frieden, um äußere und innere Sicherheit, um die Stabilität des Euro, der neuen Europawährung, um die Bewahrung der Eigenart der Regionen auch in einem sich weiter einigenden und zusammenwachsenden Europa.

Wieder mehr Fehlzeiten

Seit der Wiedereinführung der Lohnfortzahlung durch die Schröder-Regierung steigen die krankheitsbedingten Fehlzeiten in den Betrieben: um zehn Prozent gegenüber dem ersten Quartal 1998. Arbeitgeberpräsident

Dieter Hundt sprach von einem „Warnsignal“. Die Entwicklung zeige, daß die Rücknahme des Lohnfortzahlungsgesetzes ein „schwerer Fehler“ war. Hundt forderte die Bundesregierung auf, die Maßnahme erneut zu überdenken.

Breitensport gefährdet

Die Neuregelung der sog. 630-Mark-Jobs kann zu einem Zusammenbruch des Systems der Förderung des Breitensports führen. Erste Erfahrungen zeigen, daß insbesondere die Jugendarbeit, die durch eine Vielzahl geringfügiger

Beschäftigungsverhältnisse ermöglicht wird, betroffen ist. Peter Götz, kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU: Jede Stunde im Sportverein erspart dem Steuerzahler hohe Kosten für Sozialarbeit und Drogenprävention.

CDU und CSU zur Europawahl am 13. Juni

Europa der Bürger statt linker Zentralismus

Bei den Europawahlen geht es um eine grundlegende Weichenstellung. CDU und CSU wollen ein Europa, das Frieden in Freiheit und Wohlstand in Sicherheit für seine Bürger garantiert. Gegen ein Europa der Gleichmacherei setzen wir auf die Kraft des Wettbewerbs zwischen Regionen und Staaten. Wir wollen die Europäische Union zu einem Europa der Bürger ausgestalten, in dem alle Entscheidungen effizient, transparent und bürgernah fallen.

Wir wollen dem Subsidiaritätsprinzip stärker Geltung verschaffen. Nicht jedes Thema in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Wir wollen Europa da stark machen, wo es allen am besten nutzt: im gemeinsamen Markt und im Welthandel, in der Verantwortung für Frieden und Sicherheit, bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität, bei der Bewahrung von Umwelt und in der Forschung.

Wir wollen eine außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähige Europäische Union, die ihren Beitrag zur Schaffung und Bewahrung von Frieden auf unserem Kontinent leistet. Daß es zur Sicherung des Friedens auch in Europa stets neuer Anstrengungen bedarf, wird uns gerade in diesen Monaten angesichts der Situation auf dem Balkan schmerzlich bewußt.

Wir wollen ein Europa, in dem Leben und Eigentum der Bürger vor Verbrechen geschützt werden. Kriminalität macht vor Grenzen nicht halt und muß deshalb auch grenzüberschreitend bekämpft werden.

Die Europawahlen am 13. Juni sind auch eine Entscheidung für eine Politik zum Schutz der Stabilität unserer Währung. Wir wollen einen Euro, der die Erfolgsgeschichte der D-Mark auf europäischer Ebene fortsetzt, die Wirtschaft florieren und neue zukunftsfeste Arbeitsplätze entstehen läßt. Die schleichende Aushöhlung des Stabilitätszieles durch sozialdemokratische und sozialistische Regierungen erfordert eine eindeutige Absage der Wählerinnen und Wähler.

Europa darf nicht den Sozialisten überlassen werden. Wir kämpfen bei den Europawahlen für eine starke politische Mitte im Europäischen Parlament.

1. Unser Ziel ist die Einheit Europas. Die Staaten unseres Kontinents können schon heute und erst recht in Zukunft viele große Herausforderungen nur gemeinsam meistern. Konsequent haben Christliche Demokraten in CDU und CSU deshalb die Einigung Europas vorgebracht. Die Vollendung des Binnenmarktes, die Verträge von Maastricht und Amsterdam, die Erweiterungsbeschlüsse des Luxemburger EU-Gipfels und die Einführung der gemeinsamen Währung Euro bilden eine erstklassige Grundlage für einen guten Weg Europas in die Zukunft.

Dabei wissen wir: Europa schöpft seine Kraft zur Gestaltung der gemeinsamen Zukunft gerade auch aus der Verwurzelung der Menschen in Ländern mit unterschiedlicher Kultur, verschiedener historischer Erfahrung und regionaler Vielfalt. Diese zu bewahren und zu fördern, ist deshalb eine klare Forderung an den europäischen Einigungsprozeß. Die Einheit in Vielfalt ist zentrales Gestaltungsmerkmal des geeinten Europas. Frieden in Freiheit und Wohlstand zu sichern, ist die wichtigste Aufgabe der Europäischen Union. Die menschenverachtenden Vertreibungsaktionen im Kosovo zeigen auf dramatische Weise, wie Freiheit und Menschenrechte im Herzen Europas bedroht sind. Frieden in Freiheit für alle Menschen bleibt unser Ziel. Die Europäische Union hat die Einheit Deutschlands ermöglicht und gefördert. Mit der Aufnahme von Staaten Mittelosteuropas wird die Spaltung unseres Kontinents überwunden. Europa ist ein großes Friedenswerk.

2. Deutschland hat vom europäischen Einigungsprozeß einen hohen politischen und wirtschaftlichen Nutzen. Für deutsche Regierungen war es deshalb stets eine zentrale Aufgabe, zur Entwicklung Europas einen guten und starken Beitrag zu leisten, wie er der Größe und Bedeutung unseres Landes entspricht. Die nationalen Interessen Deutschlands können am besten durch eine aktive Beteiligung am politischen Einigungsprozeß vertreten werden.

Die rot-grüne Bundesregierung Schröder hat in den ersten Monaten ihrer Amtszeit in der Europapolitik schwere Fehler gemacht. Sie hat unsere Partner in Europa verprellt und gewachsenes Vertrauen erschüttert. Deshalb hat sie bei den EU-Reformverhandlungen in Berlin für Deutschland Nachteile in Kauf genommen, die einzelnen gesellschaftlichen

Gruppen ungerechtfertigt große Opfer abverlangen. Die ungerechte Lastenteilung in der EU wurde nicht wesentlich korrigiert. Die Stellung der Bundesregierung in Europa ist deutlich schwächer geworden. Sie hat in der deutschen Ratspräsidentschaft Europa nicht vorangebracht. Sie zeigt sich im Blick auf die Zukunft Europas perspektivlos.

Diese jüngste Entwicklung macht uns Sorge. Deutschland muß auch in Zukunft europapolitisch Stärke zeigen und Motor des Einigungsprozesses bleiben. Andernfalls besteht die Gefahr, daß das Einigungswerk vieler Jahrzehnte und die Unterstützung der Bürger leichtfertig verspielt werden.

3. Wer Europa voranbringen will, muß das Erreichte sichern, die notwendigen Schritte mutig gehen und Korrekturen dort durchsetzen, wo sie erforderlich sind. Die europapolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre sind für uns klar:

- Die Europäische Union braucht eine durchsetzungsfähige Außen- und Sicherheitspolitik in und für Europa, die weltweit respektiert wird. Wir können von unseren amerikanischen Freunden nicht erwarten, daß sie auch in den nächsten Jahrzehnten dort für uns Frieden schaffen und Frieden bewahren, wo Europa selbst handeln kann und muß. Umso wichtiger ist es, daß Europa seinen Anteil für eine gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft Europa – Amerika leistet.

- Auch in Zukunft werden die Staaten der Europäischen Union Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen. Alle Mitgliedsstaaten müssen im Rahmen einer fairen Lastenteilung Flüchtlinge beherbergen. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU muß auch einen wachsenden Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen leisten.

Und warum können wir auf diese Freiheit nicht verzichten? Warum haben diejenigen unrecht, die die Freiheit zugunsten der Gleichheit opfern wollen?

Wir haben mit unserem Kongreß auch einen Beitrag geleistet, daß Ost und West wieder stärker miteinander ins Gespräch kommen und sich mehr für einander interessieren. Noch immer gibt es unzählige gegenseitige Klischeevorstellungen und Vorurteile, so daß eine der wichtigsten Aufgaben nach wie vor darin besteht, den Abriß der Mauer in den Köpfen zu vollenden.

Ein Höhepunkt des Kongresses war die Teilnahme von Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski. Die letzten Wochen haben gezeigt, daß sie über alle Qualitäten verfügt, das Amt des Bundespräsidenten in hervorragender Art und Weise auszuüben. Ihre Kandidatur ist eine große Chance, mit dem Amt des Bundespräsidenten ein deutliches Zeichen zu setzen: für eine zukunftsorientierte Denkweise, für die Frauen und für die innere Einheit.

Es ist beschämend, daß SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag das Amt des Bun-

despräsidenten dem Postengeschachere preisgegeben haben. Die Wahl des Bundespräsidenten wird dem Posten für einen grünen EU-Kommissar untergeordnet, obwohl es noch nicht einmal eine geeignete Bewerbung gibt. Die CDU fordert daher die Mitglieder der Bundesversammlung auf, bei der Wahl am 23. Mai 1999 ihrem Gewissen und ihrer Verantwortung für Deutschland zu folgen.

Ich danke Christoph Böhr und seiner Kommission für die Erarbeitung eines Papiers, das als Diskussionsgrundlage für unseren Cottbusser Kongreß dient. Aus meiner Sicht ist dieses Papier sehr gelungen. Es spricht vieles an, was in unseren Papieren bislang so nicht zu finden war. Es hat auch den Mut, Fragen da offen zu lassen, wo sie nicht einfach beantwortbar sind. Es macht deutlich, daß die Begegnung zwischen Ost- und Westdeutschen „in Augenhöhe“ auch etwas mit der Gestaltung unseres Staates zu tun hat. Das Papier enthält viele Impulse für unsere gemeinsame Diskussion in den nächsten Monaten (**Wortlaut: UfD Extra**).

Friedrich Merz: Verschiebung der Unternehmensteuerreform unnötig

Der Finanzexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, hat die geplante Verschiebung der Unternehmensteuerreform auf das Jahr 2001 als falsch und unnötig kritisiert.

Die Betriebe und Arbeitslosen könnten nicht darauf warten, „daß die Sozialdemokraten sich intern einig werden, wie sie die Unternehmen besteuern wollen“, sagte Merz im Saarländischen Rundfunk. Ein erster Entlastungsschritt sei vielmehr überfällig. Die entspre-

chenden Forderungen gerade aus dem Mittelstand seien durchaus berechtigt.

Merz warf der Bundesregierung vor, einziger Grund für die Verschiebung sei deren Plan, für die Unternehmen andere Steuersätze heranzuziehen als für die privaten Einkünfte. Diese „Steuersatzspreizung“ mache das Steuersystem viel komplizierter.

Die Regierung wolle jetzt ein völlig anderes Steuersystem für die Bundesrepublik, in das ein Entlastungsschritt zum 1. Januar 2000 nicht hineinpasste.

Rot-grüner Wachstumseinbruch beeinträchtigt Steuereinnahmen

Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Schröder zeigen sich deutlich in den Ergebnissen der neuesten Steuerschätzung.

Trotz sich bessernder weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen läßt das Wachstum in Deutschland in den nächsten Jahren so stark nach, daß die Steuereinnahmen gegenüber der bisherigen Schätzung um 4,7 Mrd. DM im Jahr 2000 und um jeweils 15 Mrd. DM in den Jahren 2001 und 2002 geringer ausfallen als bisher angenommen.

Dieser negativen Entwicklung dürfen wir nicht tatenlos zusehen oder sie gar durch Steuererhöhungen verstärken. Nötig ist vielmehr eine Steuerreform, die die Wirtschaft entlastet und die Wachstumsbedingungen verbessert. Der finanzielle Spielraum hierfür ist auch nach den neuen Zahlen vorhanden: Immerhin soll das Steueraufkommen im Jahr 2002 mit 956,4 Mrd. DM um 123,4 Mrd. DM über dem Niveau des Jahres 1998 liegen.

Klare Abfuhr für rot-grüne Finanzpolitik

Zu dem Ergebnis der Steuerschätzung erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Nach dem Ergebnis der Steuerschätzung werden sich die Steuereinnahmen in diesem Jahr gegenüber der Schätzung von November 1998 um rd. 10 Mrd. DM erhöhen. 7 Mrd. DM hiervon resultieren im wesentlichen aus den Mehrbelastungen

der Bürger und Unternehmen durch die sog. Ökosteuer sowie das sog. Steuerentlastungsgesetz. Echte Mehreinnahmen in Höhe von 3,4 Mrd. DM zeigen, daß die von der CDU/CSU-Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode auf Wachstum und Beschäftigung gerichtete Politik ihre Wirkung entfaltet hat. Es ist daher fatal, daß Rot-Grün nichts Besseres zu tun hatte, als diese Maßnahmen mit dem unsinnigen Vorwand „Versprochen – Gehalten“ wieder zurückzunehmen. Die Folgen der verfehlten Finanzpolitik der rot-grünen Regierungskoalition zeichnen sich bereits jetzt in den Prognosen für das Steueraufkommen in den Jahren 2000 bis 2002 ab. Danach wird sich der Steuerausfall mindestens auf 35,4 Mrd. DM summieren.

Wer mit dem sog. Steuerentlastungsgesetz und der Ökosteuer Bürger und Unternehmen in Milliarden-Höhe belastet und mit einer vage in Aussicht gestellten Unternehmensteuerreform nachhaltig verunsichert, muß sich nicht wundern, wenn die Investitionstätigkeit zurückgeht, das Wachstum stagniert und rückläufige Beschäftigung den Arbeitsmarkt belastet. Weitere Steuerausfälle sind so vorprogrammiert. Die rot-grüne Regierungskoalition sollte diese Warnung endlich ernst nehmen. Eine weitere Erosion der Steuereinnahmen ist nur zu vermeiden mit einer Politik, die Wachstum und Beschäftigung fördert, die notwendigen Strukturreformen in den sozialen Sicherungssystemen umsetzt und bei der Haushaltskonsolidierung den Anforderungen des globalen Wettbewerbs Rechnung trägt.

Rot-grüne Umverteilungspolitik kehrt sich so zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger in ihr Gegenteil um.

Schleifspuren falscher Politik

Zum Ergebnis der Steuerschätzung erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Das Ergebnis der Steuerschätzung für die Jahre 1999 bis 2003 zeigt einerseits die positiven Fortwirkungen der von der früheren Koalition betriebenen Politik und andererseits die mit der falschen rot-grünen Politik einhergehenden deutlichen Schleifspuren ab dem Jahr 2001. Die gegenüber dem gerade vom Bundestag verabschiedeten Haushalt 1999 um rd. 1 Mrd DM höheren Steuereinnahmen des Bundes sind eindeutig positiv beeinflusst von der Beschäftigungswelle des Jahres 1998, die zu rd. 400.000 Arbeitslosen weniger und rd. 150.000 Beschäftigten mehr am Jahresende geführt hatte.

Das Ergebnis für 1999 ist ein Schlag ins Gesicht der rot-grünen Konsolidierungsverhinderer, die mit ihrer Verweigerungsstrategie die ersatzlose Streichung der im Haushaltsplan enthaltenen „Globalen Mindereinnahme“ von 2 Mrd DM und damit eine weitere Senkung der Nettokreditaufnahme – wie von CDU/CSU beantragt – auf rd. 49 Mrd DM abgelehnt hatten. Rot-Grün trägt durch die Verweigerung, im Haushalt 1999 vorhandene Sparpotentiale zur Senkung der Nettokreditaufnahme zu nutzen – bei gleichzeitiger Stärkung der

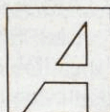
Investitionsausgaben des Bundes – die Verantwortung dafür, daß im kommenden Jahr über 200 Mio DM mehr Zinsausgaben zu leisten sind.

Im Jahr 2000 hat der Bund gegenüber 1999 Steuermehreinnahmen in Höhe von 11 Mrd DM, alles in allem noch eine stabile Entwicklung. Ab dem Jahr 2001 werden aber die Schleifspuren der verfehlten rot-grünen Politik in den Steuereinnahmen sichtbar. Daher muß die Regierung jetzt umsteuern und mit einer deutlichen Nettoentlastung von Familien und Betrieben ab 1. Januar 2000 beginnen, um mehr wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung auszulösen. Für eine Mehrwertsteuererhöhung oder für eine weitere drastische Mineralölsteuererhöhung besteht bei Fortsetzung der von der früheren Koalition betriebenen Konsolidierungspolitik – selbst bei langsamer steigenden Steuereinnahmen – kein Raum. Denn immerhin steigen die Steuereinnahmen bis 2002 beim Bund gegenüber 1998 von 341,5 Mrd DM um 80 Mrd DM auf 421 Mrd DM.

Bundesfinanzminister Eichel muß schleunigst seine Vorstellungen offenlegen, ob und gegebenenfalls wo er die Steuern weiter erhöhen und wo er die Ausgaben kürzen will. Vor allem muß die Verunsicherung von Bürgern und Wirtschaft schnell beendet werden, damit sich in der deutschen Volkswirtschaft kein Attentismus breit macht.

Einladung zum MedienTreff in Köln

Medien und Politik zusammenbringen, miteinander reden, Meinungen, Erfahrungen, Neuigkeiten austauschen – dazu lädt Dr. Lothar Kraft, stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, zum MedienTreff nach Köln ein. Die Veranstaltung findet am 15. Juni ab 17 Uhr im Maternus-Haus, Kardinal-Frings-Straße 1-3, statt. Prominente Gäste: Jürgen Rüttgers und Bernd Neumann.



**Konrad
-Adenauer-
Stiftung**

Konsolidierung ja, aber sie muß ökonomisch vernünftig sein

Zu dem von Finanzminister Eichel geplanten Haushaltssicherungsgesetz erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt ernsthafte Sparbemühungen der Bundesregierung, wenn damit die Fortführung der ökonomisch richtigen Konsolidierungspolitik der früheren Bundesregierung und eine Abkehr vom bisherigen Konsumrausch der rot-grünen Bundesregierung verbunden ist.

Eine Vollbremsung des Bundes in der Haushaltspolitik trägt sie nicht mit. Im Bundesrat werden wir bei den notwendigen gesetzlichen Maßnahmen auf eine Stärkung der Investitionskräfte und von wirtschaftlichem Wachstum achten. Alles andere ist zukunftsgefährlich. Beim ersten rot-grünen Bundeshaushalt 1999 war Sparwille nicht einmal in Ansätzen erkennbar, der diesjährige Bundeshaushalt wächst um inflationäre 6,3 vH, die Staatsquote wird wieder steigen, die Abgabenquote steigt weiter auf 41 vH und die Investitionsquote des Bundes erreicht mit 12,0 vH einen Negativrekord.

Der mit dem rot-grünen Bundeshaushalt 1999 begonnene Weg der Konsumförderung und der massiven Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes muß umgekehrt werden. Im Riester-Etat lassen sich zweistellige Milliardenbeträge allerdings nur sparen, wenn kräftig bei den Zuschüssen zur Ausweitung des zweiten Arbeitsmarktes und an die Bundesanstalt für Arbeit gespart wird. Dies hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits für den diesjährigen Haushalt gefordert, wurde aber von der rot-grünen Mehrheit geblockt.

Ebenfalls dürften die in diesem Jahr erst kräftig erhöhten Rentenzuschüsse des Bundes auf rd. 120 Mrd DM (über 125 Mrd DM im kommenden Jahr) nicht ohne gesetzliche Eingriffe zu verringern sein.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen mit einer Remedur der gesamten Politik. Erforderlich sind Korrekturen der zahlreichen Fehlentscheidungen der letzten Monate – „Ökosteuer“, „Steuerreform“, 630-DM-Jobs, Rücknahme der von der früheren Bundesregierung beschlossenen Reformgesetze sind die Stichworte. Ein Haushaltssicherungsgesetz mit pauschalen Kürzungen nach der Rasenmähermethode lehnen wir ab, denn das würde dann auch die dringend notwendigen Investitionen treffen. Bei einem Investitionsvolumen von gut 58 Mrd DM in diesem Jahr entfallen allein fast 26 Mrd DM oder 44 vH auf den Verkehrs- und Bauhaushalt, wo sich die angestrebte Kürzung arbeitsplatzvernichtend auswirken würde.

Die jetzt geforderte quotalen Kürzung bedeutet für den Forschungsetat einen Rückschritt gegenüber der bisherigen Bundespolitik. Projektförderung, internationale Verpflichtung und Zuwendungsempfänger würden getroffen. Die Priorität für Forschung und Bildung wäre dahin. Das Wirtschaftsministerium hat ganze 1,5 Mrd DM für Forschung und Entwicklung zur Verfügung. Die Sparmaßnahmen gehen zu Lasten des Mittelstandes, da Kohlekürzungen nicht beabsichtigt scheinen. Der Verteidigungsetat ist ohne gesetzliche Maßnahmen nicht im angestrebten Sinne wesentlich gestaltbar. Personelle Kürzungen lassen sich nicht mit der Axt durchsetzen.

Clement umgeht offensichtlich mit windigen Tricks das Dienstrecht

Die CDU-Landtagsfraktion erwartet einen umfassenden Bericht im Hauptausschuß über die Umstände der Berufung von Peer Steinbrück zum Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen.

„Mit windigen Tricks hat Ministerpräsident Clement offensichtlich das Dienstrecht umgangen, um seinem Wirtschaftsminister Beamtenrechte und damit Pensionsansprüche zu sichern. Ein solches Verhalten ist den Bürgern gegenüber vielleicht rechtlich, aber moralisch nicht vertretbar“, erklärte CDU-Fraktionschef Laurenz Meyer am 17. Mai in Düsseldorf. Die CDU-Landtagsfraktion forderte die Landesregierung auf, „alle Fakten offenzulegen“. Dazu gehöre die Klä-

rung der Rechtslage sowie die Vorlage aller Dokumente. Ohne Not habe Clement dem Land NRW zusätzliche Kosten aufgebürdet. „Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, daß das Land NRW an Stelle von Schleswig-Holstein Pensionsansprüche für Steinbrück zahlen muß. Das ist Personalpolitik nach Gutsherrenart“, sagte Meyer.

Unabhängig von den finanziellen Folgen und rechtlichen Fragen sei das Verhalten Steinbrücks bemerkenswert: „Der Minister geht offensichtlich davon aus, daß seine Amtszeit in der Landesregierung spätestens im Mai 2000 beendet ist. Er rechnet anscheinend nicht mit Pensionsansprüchen aus seiner Ministerzeit in NRW“, stellt Meyer abschließend fest.

Der richtige Weg zur Wachstumsstärkung und zur Senkung der Arbeitslosigkeit liegt in einer deutlichen steuerlichen Nettoentlastung für Familien und Unternehmen ab dem kommenden Jahr. Nur mit beherzten Strukturreformen im sozialen Bereich, im steuerlichen Bereich und am Arbeitsmarkt werden die volkswirtschaftlichen Ressourcen besser ausgeschöpft und die dringend erforderliche Stärkung der Wachstumskräfte bewirkt. Hierzu gehört auch eine Haushaltspolitik des Sparens und Investierens. Von einer solchen Politik ist Rot-Grün weit entfernt. Eichel garniert Schröders Weg mit gebrochenen Wahlversprechen. Der Mut zur generellen Umsteuerung scheint ihm gleichwohl zu fehlen. Sonst hätte er parallel gesetzliche Vorschläge gemacht, die alle Etats gleichermaßen betreffen. Eichel verfährt mutlos wie Wirtschaftsminister Müller, der die Wirtschaft, also eben-

falls die „Betroffenen“, zu Sparmaßnahmen (Subventionsabbau) auffordert. Es verstärkt sich der Eindruck, daß mit dem von der Bundesregierung geplanten „Haushaltssicherungsgesetz“ eine imposante Drohkulisse zur Vorbereitung längst beschlossener Steuererhöhungen, Mineralölsteuer und Mehrwertsteuer, aufgebaut wird. Steuererhöhungen wären aber genau der falsche Weg für mehr Investitionen, mehr Arbeitsplätze und mehr Wachstum.

Die Bundesregierung muß umgehend ihr Gesamtkonzept vorlegen, damit sich in der deutschen Volkswirtschaft kein Attentismus breit macht. Die CDU/CSU-Bundtagsfraktion wird sich konstruktiv an wirtschaftspolitisch sinnvollen Konsolidierungsmaßnahmen beteiligen, die den von uns eingeschlagenen Sparkurs – immerhin lagen die Bundesaussgaben 1998 niedriger als 1993 – fortsetzen. ■



DIE GRÜNEN SIND SICH NICHT MEHR GRÜN. DIE ROTEN SEHEN ROT. SCHWARZ IST WIEDER ANGESAGT.

Die Grünen sind gespalten: Mit Ach und Krach einigte sich der grüne Parteitag auf einen faulen Kompromiß zum Kosovo-Konflikt. Auf der Basis dieses Beschlusses ist die Bundesregierung außenpolitisch nicht handlungsfähig. Selbst SPD-Ministerpräsident Beck urteilt: „Weite Teile der Grünen sind offensichtlich in der eigenen Partei nicht zum Kompromiß fähig und damit auch nicht regierungsfähig.“ (Focus 20/99)

In der SPD herrscht völlige Desorientierung: Ein Flop jagt den anderen:

630-Mark-Gesetz	●	●	Ökosteuern
Doppelpaß	●	●	Atomausstieg
Steuerreform	●	●	Gesundheitsreform
Scheinselbstständigkeit	●	●	Schwacher EURO

So urteilt die Presse:

» ...denn sie wissen nicht, was sie tun « (Süddeutsche Zeitung, 6.5.99)

» Die Nachbesserungskoalition « (Bonner Generalanzeiger, 6.5.99)

» Kanzler ohne Kurs « (Der Spiegel, 3.5.99)

» Typisch Schröder. Stehvermögen in der Sache hatte er noch nie « (Der Stern, 20/99)

» Nachbessern wird zum Dauerzustand rot-grüner Innenpolitik « (Tagesspiegel, 6.5.99)

Und jetzt auch noch rot-grünes Postengeschacher: Um Johannes Rau bei der Operation Bundespräsident durchzubringen, schustert die SPD den Grünen einen EU-Kommissar-Posten zu. Der neue Kommissions-Präsident Prodi wünscht sich dagegen je einen Vertreter von Regierung und Opposition, wie dies bisher der Fall war.

Am 13. Juni ist Europawahl. Entscheiden Sie selbst:

- ⌞ für außenpolitische Verlässlichkeit statt grüner Unberechenbarkeit
- ⌞ für Sicherheit und Stabilität statt rot-grünem Chaos
- ⌞ für Vordenken statt Nachbessern
- ⌞ für ein Europa der Bürger statt linkem Zentralismus

Schwarz ist wieder angesagt – Europa muß man richtig machen



CDU

mitten im Leben, mitten in Europa.

Spürbare Nettoentlastung für alle Einkunftsbezieher

Der Vorsitzende der Kommission Steuern und Finanzen der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Hans Michelbach, stellt Eckpunkte zu einer neuen Steuerpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung vor:

Eine familien- und mittelstandsfreundliche Steuerpolitik ist die Schlüsselfrage für eine schnelle Konjunkturbelebung. Eine leistungs- und investitionsfreundliche Steuerpolitik muß für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen.

Nach den Vorschlägen der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung muß sie sich an folgenden Zielen ausrichten:

● Kaufkraft stärken, Arbeitsplätze schaffen und konsequente Umsetzung der Gerichtsbeschlüsse

Leistung muß sich wieder mehr lohnen, und eine neue Steuerpolitik muß zu mehr Nettoeinkommen führen. Durch eine konsequente Umsetzung der Beschlüsse des BVG muß es innerhalb des bestehenden Steuersystems zu einer deutlichen steuerlichen Entlastung von Ehepaaren mit Kindern kommen. Dies bedeutet, daß durch die Gewährung eines ausreichend bemessenen Kinderfreibetrages der verminderten Leistungsfähigkeit sowie dem erhöhten Betreuungsbedarf von Ehepaaren mit Kindern Rechnung getragen werden muß. Den Ehepaaren mit Kindern, für die sich durch die Einräumung eines Kinderfreibetrages keine bzw. nur eine geringe steuerliche Auswirkung ergibt, ist ein angemessenes Kindergeld zu gewähren. Die Einführung eines Kindergrundfreibetrages ist verfassungsrechtlich bedenklich und daher abzulehnen.

● Einheitliche Tarifreform für Familien- und Unternehmensentlastung zum 1. Januar 2000

Beide steuerpolitischen Aufgaben können nur gemeinsam in einem einheitlichen Reformkonzept gelöst werden. Dabei ist die Orientierung am Leistungsfähigkeitsprinzip der fundamentale Grundsatz einer gerechten Besteuerung. Wegen des Erfordernisses der Gleichbehandlung aller Einkunftsarten läßt sich eine Absenkung der Steuersätze bei Unternehmen nicht isoliert verwirklichen.

Eine von Rot-Grün beabsichtigte Spreizung der Steuersätze von gewerblichen und privaten Einkünften bei der Einkommensteuer ist nach dem Beschluß des Bundesfinanzhofes nicht mehr durchführbar. Die Petersberger Beschlüsse waren der Weg in die richtige Richtung.

● Niedrigsteuersatzprinzip

Die hohe Steuerbelastung deutscher Unternehmen behindert dringend notwendige Investitionen und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Erforderlich ist daher ein einheitlicher Steuertarif von gewerblichen und privaten Einkünften mit einem Steuerhöchstsatz von 35%. Für den Mittelstand müssen die Steuersätze unabhängig von der Einkunftsart deutlich reduziert und muß ein echtes Niedrigsteuersatzprinzip angewandt werden.

● Nettoentlastung

Ziel einer zukunftsorientierten und auf internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Steuerreform muß eine spürbare Nettoentlastung aller Einkunftsbezieher sein. CDU und CSU haben mit den Peters-

berger Beschlüssen hierzu eine Richtgröße gesetzt. Ein Definitivsteuersatz bei der Körperschaftsteuer benachteiligt Anteilseigner und den Mittelstand.

● **Gewerbeertragssteuer für Kommunen ersetzen und als Sonderbelastung der deutschen Wirtschaft abschaffen**

Nach dem BGH-Urteil zur Steuerspreizung ist klar geworden, daß es zur Abschaffung der Gewerbeertragsteuer keine Alternative gibt, um zu einer vernünftigen Unternehmensteuerreform zu kommen. Die Kommunen sollen dafür stärker bei den direkten und indirekten Steuern, eventuell auch mit eigenem Hebesatzrecht, schadlos gehalten werden.

● **Die Steuervereinfachung ist nur durch einen einheitlichen Einkommensteuertarif mit gleichem Höchststeuersatz möglich.**

● **Für die Zinsbesteuerung ist eine Abgeltungssteuer nach österreichischem Modell zu prüfen und auf EU-Ebene zu harmonisieren.**

Folgende von Rot-Grün geplante Vorhaben lehnen wir ab:

● **Verschiebung der Unternehmensteuerreform von Eichel auf den 1.1.2001 wird abgelehnt**

Der Verzögerungstatik mit dem Titel „Solidarität geht vor Schnelligkeit“ setzt der Mittelstand entgegen: Entlastung geht vor Langsamkeit.

● **Die Belastungen und Vorleistungen der Wirtschaft aus den Steuergesetzen zum 1. April '99 müssen möglichst schnell durch eine Unternehmensteuerreform zum 1. Januar 2000 kompensiert werden**

Ansonsten macht die Teilnahme des Mittelstandes am Bündnis für Arbeit keinen Sinn, und ein Ausstieg der Wirtschaftsverbände wäre dann folgerichtig, bevor man sich für eine falsche Entwicklung in Anspruch nehmen läßt.

● **Ablehnung der Vorstellungen der Regierungsteuerkommission**

Diese Vorschläge sind mittelstandsfeindlich, weil sie nicht die unterschiedlichen Unternehmensformen in Deutschland berücksichtigen. Rot-Grün stellt die Kapitalgesellschaften in den Mittelpunkt der Reform. Die Vorschläge sind absolut kopflastig zu Gunsten von Großbetrieben.

90 % der Unternehmen sind jedoch Personengesellschaften, so daß Unternehmen und Unternehmer als Einheit betrachtet werden müssen. Eine Privilegierung von gewerblichen Einkünften gegenüber privaten Einkünften sowie eine Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns darf es daher nicht geben. Eine Präferenz des nichtentnommenen Gewinns schränkt die Freiheit der Investitionsentscheidung im Mittelstand zu Lasten der wirtschaftlichen Dynamik ein.

Im Rahmen einer rechtsformneutralen Besteuerung ist es erforderlich, daß sich der Einkommensteuersatz und der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne auf gleicher Ebene bewegen. Die Einführung eines Optionsmodells ist abzulehnen, da es diesem Umstand nicht Rechnung trägt, sondern zur Spaltung von Un-

ternehmen und Unternehmer führt. Die Bindungswirkung des Optionsmodells entwickelt sich zu einer Mittelstandsfalle.

● **Ablehnung der Abschaffung des körperschaftsteuerlichen Anrechnungsverfahrens**

Die Anrechnung der Körperschaftsteuer ist das einzige Verfahren, das eine Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinnen wirkungsvoll verhindert. Seine Abschaffung hätte auch schädliche Auswirkungen auf die Aktienkultur, die sich in Deutschland in den letzten Jahren erst zu entwickeln beginnt.

● **Umverteilungs- und Dirigismuswirtschaft der rot-grünen Regierung durch eine weitere Mehrwertsteuererhöhung**

Jeglichen Überlegungen zur Gegenfinanzierung der geforderten Familien- oder Unternehmensentlastung in Form einer möglichen Mehrwertsteuererhöhung ist eine deutliche Absage zu erteilen. Hierdurch würden letztlich Ehepaare mit Kindern, die ohnehin durch die Einführung der Stromsteuer und Erhöhung der Mineralölsteuer schon zusätzlich belastet werden, die für sie umzusetzende Entlastung selbst finanzieren.

● **Keine weiteren Ökosteuerstufen**

Die Ökosteuer treibt die Inflation an. 1% Inflation kostet den Verbraucher 16 Mrd. DM Kaufkraft. Für ein finanzpolitisches Gesamtpaket müssen konkrete Einsparungen im Bundeshaushalt getroffen und die Staatsquote zum 1.1.2000 auf 46% gesenkt werden.

● **Eine weitere Beibehaltung des Solidaritätszuschlages von 5,5% über das Jahr 2004 hinaus ist abzulehnen.**

Die Fleißigsten werden bestraft

Zu der Neuregelung der 630-Mark-Jobs erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT), Peter Rauen:

Die Neuregelung der 630-Mark-Jobs trifft die Fleißigsten unserer Gesellschaft. Beispielsweise diejenigen, die neben ihrer normalen Tätigkeit zusätzlich arbeiten, weil sie für sich aus eigener Kraft etwas erreichen wollen. Ihnen wird durch diese Neuregelung die Hälfte des Zusatzeinkommens genommen. Wer die Fleißigsten bestraft, wird aber auf Dauer die Wurzeln unserer Sozialen Marktwirtschaft ausreißen.

Daher werden wir die Auswirkungen der Neureglung nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch beim Wirtschaftswachstum spüren. Wenn man den Leistungsträgern die Motivation zum Arbeiten nimmt, muß dies negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben.

Dieses Gesetz muß sofort zurückgenommen und der alte Rechtszustand wieder hergestellt werden. Die Einsetzung einer Expertenkommission zur Überprüfung der Folgen dieses Gesetzes hätte sich die Bundesregierung sparen können. Die Folgen sind in den mittelständischen Betrieben längst sichtbar. Die MIT hat in Zusammenarbeit mit dem Mittelstandsmagazin bei 40.000 mittelständischen Unternehmen eine Befragung durchgeführt.

Bei 53 Prozent der Befragten die 630-Mark-Kräfte beschäftigen, gehen die Arbeitsplätze verloren beziehungsweise wandern in die Schwarzarbeit ab.

Ministerpräsident Erwin Teufel:

Die Bundesregierung hat einen Flächenbrand entfacht

Wir halten die gesetzliche Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die gesetzliche Regelung der sogenannten Scheinselbständigkeit für wirtschaftspolitisch verfehlt und beschäftigungspolitisch verheerend. Diese beiden Gesetze müssen deshalb so schnell wie möglich vom Tisch. Sie hätten nie verabschiedet werden dürfen!

Aus unserer Sicht helfen keine Nachbesserungen, sondern nur die Wiederherstellung der ursprünglichen Vorschriften und ein besonnener, überlegter Neuanfang.

Leider haben sich die Bonner Koalitionspartner am 21. April aber noch nicht einmal auf Nachbesserungen verständigt. Statt dessen soll eine Kommission eingesetzt werden, die sich mit den negativen Folgen befaßt. Das aber heißt, daß der Flächenbrand der Vernichtung von Beschäftigungsverhältnissen Tag für Tag weitergeht, ohne daß etwas geschieht.

Die Ergebnisse einer verheerenden Politik – einige Beispiele:

● **Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger:** Er registrierte bislang schon 12.000 Kündigungen. Etwa 60.000 Stellen sind gefährdet. 35 Prozent aller Zusteller wollen die Beschäftigung aufgeben.

● **Hauptverband des Deutschen Einzelhandels:** Er schätzt, daß mindestens 30 Prozent der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wegfallen. Von den 500.000 Arbeitsverhältnissen werden dies also 150.000 sein.

● **Deutscher Hotel- und Gaststättenverband:** Mehr als die Hälfte der geringfügig Beschäftigten werden kündigen. Etwa 200.000 Kräfte seien nicht mehr bereit weiterzuarbeiten.

● **Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks:** Eine regelrechte Personalfucht sei eingetreten. 45 Prozent der 630-Mark-Beschäftigten haben gekündigt.

● **Zentralverband des Bäckerhandwerks:** eine „beschäftigungspolitische Katastrophe“. 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten ihre Nebenjobs bereits aufgegeben.

● Die jüngste Kritik kommt von den Vereinen und Verbänden. Ich könnte Ihnen

Aus der Rede von Ministerpräsident Erwin Teufel am 30. April im Bundesrat

hier Briefe von Sportvereinen und Sportverbänden zitieren, die auf die katastrophale Auswirkung hinweisen.

Die Neuregelungen der Scheinselbständigkeit führen dazu, daß Existenzgründungen behindert werden, daß eine drohende rückwirkende Nachzahlungspflicht für Sozialversicherungsbeiträge viele Selbständige finanziell überfordert, daß sich auf einmal klassische Selbständige und Freiberufler als Scheinselbständige wiederfinden, daß letztlich auch in diesem Bereich Arbeitsplätze verlorengehen.

Meine Damen und Herren, ich verweise auf Beispiele, die ich in den letzten Tagen

persönlich erfahren habe: So behindert die Scheinselbständigenregelung Jungunternehmer und Existenzgründer, also gerade diejenigen Bereiche, auf die wir beschäftigungspolitisch große Hoffnungen setzen. Hierbei ist nicht nur die Frage der finanziellen Belastung von Bedeutung, sondern vor allem auch die Frage, ob der Existenzgründer überhaupt noch einen Auftrag erhält, wenn der Auftraggeber befürchten muß, daß er dann einen abhängig Beschäftigten mehr hat. Ich frage Sie: Was hat dies mit Mißbrauchsbekämpfung zu tun?

Gründermentalität fördern

Was haben wir in den letzten Jahren in Bund und Ländern nicht alles getan, um die Gründermentalität zu fördern, um eine neue Kultur der Selbständigkeit in Deutschland voranzubringen! Die Existenzgründungsförderung der Deutschen Ausgleichsbank, aber auch aller Länderinstitutionen wurde massiv ausgeweitet. Deutschland hat sich in wenigen Jahren vom „Entwicklungsland“ in Sachsen Risikokapital zum heute – nach Großbritannien – bereits zweitstärksten Land für Wagniskapital in Europa entwickelt.

Warum, so frage ich die Bundesregierung, wird diese außerordentlich erfreuliche Entwicklung in Bund und Ländern nun durch dieses völlig mißratene und impraktikable Gesetz zur Scheinselbständigkeit im Keim erstickt? Warum wollen Sie auch hier das Rad zurückdrehen und die wachsende Bereitschaft zur Selbständigkeit in der jungen Generation derart massiv behindern?

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß die Regierungskoalition sowohl bei der

Das Land Baden-Württemberg hat am 30. April einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht, der Bundestag und Bundesregierung auffordert, die Gesetze zur Scheinselbständigkeit und den 630-DM-Arbeitsverhältnissen aufzuheben und die vorherige Rechtslage so lange wiederherzustellen, bis vernünftige Neuregelungen gefunden sind. Die Initiative, er sich Bayern und Hessen anschlossen, scheiterte an den Stimmen der SPD-regierten Länder.

Scheinselbständigkeit wie bei den 630-Mark-Jobs das selbstgesteckte Ziel klar verfehlt hat.

Nutzen wir die Chance!

Deshalb appelliere ich an Sie: Nutzen wir die Chance für einen gründlichen Neuanfang im Interesse von Zukunftschancen und Arbeitsplätzen, im Interesse der Menschen in Deutschland.

Stimmen Sie der Bundesratsinitiative von Baden-Württemberg in diesem Hause zu! Üben Sie Kritik an den beiden Gesetzen nicht nur hinter vorgehaltener Hand und in Interviews, sondern beseitigen Sie Regelungen, die täglich Arbeitsplätze kosten!

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● **INTERNET**
<http://www.cdu.de>

● **T-ONLINE**
*CDU#

● **X 400**
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● **E-MAIL:** post@www.cdu.de

Für eine faire Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn

Als „Sprachrohr“ für die vom Berlin-Umzug betroffenen Regionen sollen die von der CDU Rheinland-Pfalz und der CDU Nordrhein-Westfalen initiierten Regionalkonferenzen dienen. Dies erklärten der rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende Christoph Böhr und der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Jürgen Rüttgers.

Gleichzeitig forderten die Landesvorsitzenden die rot-grüne Bundesregierung dazu auf, „keinen Zentimeter“ von den Regelungen des Berlin-Bonn-Gesetzes abzuweichen. Nur so könne die vorgesehene faire Arbeitsteilung in vollem Umfang auch für die Bundesstadt Bonn und die umliegenden Regionen verwirklicht werden. Einer Aushöhlung des sogenannten „Kombinationsmodells“ erteilten beide Landespolitiker eine klare Absage.

Die Region klagt derzeit zu Recht darüber, daß die gesetzlichen Regelungen und Vereinbarungen seitens der Bundesregierung offensichtlich aufgeweicht werden sollen. Auch der amtierende Bundesbauminister Müntefering, zugleich nordrhein-westfälischer SPD-Landesvorsitzender, ist ein schlechter Anwalt für die Interessen der Region. Gleiches gilt für den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck, dessen Interesse für die Region nach dem Regierungswechsel in Bonn merklich abgenommen hat.

Offenbar ist geplant, die Unterabteilung „Internationale Zusammenarbeit“ des in Bonn verbleibenden Umweltministeriums doch nach Berlin zu verlegen. Weiterhin soll die Außenstelle Berlin des in Hannover ansässigen Bundesamts für Geowissenschaften und Rohstoffe mit rund 100 Mitarbeitern nicht nach Bonn, sondern

nach Hannover verlegt werden. Das Institut für Wasser-, Boden- und Lufthygiene des Umweltbundesamts sowie das Bundesamt für Strahlenschutz, Außenstelle Berlin – mit 115 bzw. 128 Mitarbeitern – soll nicht nach Bonn ziehen, sondern in Berlin bleiben.

Nach dem sogenannten Berlin-Bonn-Gesetz soll es eine „faire Arbeitsteilung zwischen der Bundeshauptstadt Berlin und der Bundesstadt Bonn“ geben. Nach dem

Pressekonferenz mit dem rheinland-pfälzischen CDU-Landesvorsitzenden Christoph Böhr und dem nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers am 6. Mai

sogenannten „Kombinationsmodell“ haben sich eine Vielzahl von Verbänden, Wissenschaftseinrichtungen, Botschaften und Nichtregierungsorganisationen dazu entschlossen, ganz oder in Teilen in Bonn zu verbleiben.

In Bonn sind derzeit rund 17.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Verbänden, Organisationen, Wissenschaftseinrichtungen u.a. beschäftigt. Bei den Botschaften sind rund 10.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. Auf der Grundlage des „Kombinationsmodells“ wird davon ausgegangen, daß lediglich 4.000 Arbeitsplätze bei den Verbänden und rund 5.000 Arbeitsplätze bei den Botschaften verloren gehen.

Mit dem „Informationsverbund Berlin-Bonn“ hat noch die alte Bundesregierung

CDU-TVSpots im Juni

– Private Rundfunkanstalten –

Kabel 1:	Pro Sieben:	RTL:	SAT.1:
1.6.: 18.10 Uhr	1.6.: 15.40 Uhr	1.6.: 23.00 Uhr	1.6.: 19.40 Uhr
2.6.: 22.25 Uhr	2.6.: 18.00 Uhr	2.6.: 17.20 Uhr	2.6.: 21.10 Uhr
4.6.: 18.10 Uhr	3.6.: 18.45 Uhr	4.6.: 19.45 Uhr	3.6.: 00.10 Uhr
5.6.: 18.40 Uhr	3.6.: 19.44 Uhr	6.6.: 17.30 Uhr	4.6.: 19.40 Uhr
5.6.: 22.30 Uhr	4.6.: 18.30 Uhr	7.6.: 23.10 Uhr	5.6.: 19.40 Uhr
6.6.: 22.30 Uhr	5.6.: 18.40 Uhr	8.6.: 22.40 Uhr	7.6.: 19.10 Uhr
7.6.: 22.25 Uhr	7.6.: 19.48 Uhr	9.6.: 17.20 Uhr	8.6.: 17.25 Uhr
8.6.: 18.10 Uhr	8.6.: 15.40 Uhr	10.6.: 23.20 Uhr	9.6.: 21.10 Uhr
9.6.: 22.25 Uhr	9.6.: 18.30 Uhr	11.6.: 17.20 Uhr	10.6.: 00.10 Uhr
10.6.: 18.10 Uhr	10.6.: 15.40 Uhr		12.6.: 23.05 Uhr
11.6.: 18.10 Uhr	10.6.: 22.50 Uhr		
	11.6.: 18.00 Uhr		
	11.6.: 19.48 Uhr		

Die angegebenen Sendezeiten sind Planzeiten, die sich um Minuten verschieben können.

Boxen für „630-DM-Postkarten“

Die Postkarten-Aktion gegen die Neuregelung der „630-DM-Jobs“ läuft auf Hochtouren. Und der Druck auf die Schröder-Regierung wächst täglich. Damit die Bürgerinnen und Bürger ihrem Protest schnell Luft machen können, ist es sinnvoll, „630-DM-Jobs“-Boxen an den CDU-Infoständen aufzustellen. Dies ist ein echter Service und zeigt einmal mehr:

**DIE NEUREGELUNG
DER 630-MARK-JOBS
VERNICHTET
TAUSENDE VON
ARBEITSPLÄTZEN IN
DER GASTRONOMIE.**

EINE AKTION DER CDU
GEGEN DAS 630-MARK-GESETZ.

CDU – mitten im Leben.



Europa MUSS MAN RICHTIG FEIERN.

Europa-Fest der CDU in der Kölnarena.
Sonntag, 30. Mai 1999, 11 bis 15 Uhr



CDU
mitten im Leben, mitten in Europa.

Europafest DER CDU MITTEN IM LEBEN – MITTEN IN EUROPA

Programm

ab 11 Uhr

Vorprogramm

Höhner

Kölner Mundart- und Musik-Gruppe

The Weather Girls

Black Powermusik im Doppelpack

Europa*Park Rust

„More than one Europe“, eine Europa-Performance

13 bis 15 Uhr

Europa MUSS MAN RICHTIG MACHEN.

Es sprechen

WOLFGANG SCHÄUBLE

und andere

Spitzenpolitiker der CDU

Die Quotenfrage ist längst geklärt

„Wir haben den zuerst noch skeptischen Männern bewiesen, daß Frauen etwas bewegen können, wenn sie es nur wollen.“ Stolz erläutert Anna-Maria Briese, seit 20 Jahren Vorsitzende des Stadtverbands Vallendar in Rheinland-Pfalz, das Ergebnis der Kandidatenaufstellung für die Kommunalwahlen am 13. Juni. Auf den ersten zehn „sicheren“ Listenplätzen für den Stadtrat stehen fünf Frauen, ebenso viele auf der VG-Ratsliste. Ein weiterer Erfolg, den die politische Arbeit der Vallendarer Frauen-Union zu verzeichnen hat: Sieben Bewerber auf der Stadtratsliste und fünf auf der VG-Ratsliste sind unter 35 Jahre alt.

VG = Verbandsgemeinde

Für Ihren Europa-Wahlkampf



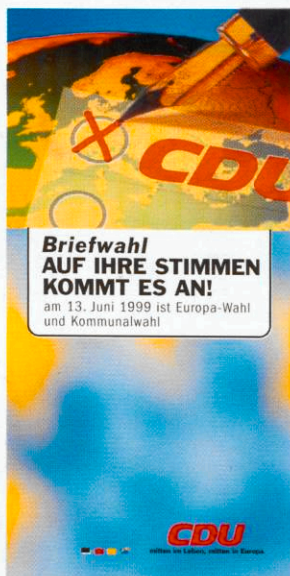
- **Europa eine Seele geben,**
Faltblatt der Frauen-Union
Bestell-Nr.: 2611
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 23,50 DM



- (wieder lieferbar)
- **CDU-Spritztiere**
Bestell-Nr.: 9559
Verpackungseinheit: 30 Expl.
Preis je 30 Expl.: 29,25 DM



- **Briefwahlprospekt zur Europawahl**
Bestell-Nr.: 2582
Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 50,—DM



- **Briefwahlprospekt zur Europa- und Kommunalwahl**
Bestell-Nr.: 2583
Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 50,—DM



- (Jetzt mit blauer Verpackung)
- **Vitamin-Bonbon**
Bestell-Nr.: 9560
Verpackungseinheit: 500 Expl.
Preis je 500 Expl.: 35,50 DM

Bestellanschrift

per Post: IS-Versandzentrum · Postfach 14 65
59306 Ennigerloh · Fax: 0 25 24/91 13 10
E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,—DM werden keine Versandkosten berechnet.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Wahlaufruf

CDU und CDU zur Europawahl am 13. Juni: Europa der Bürger statt linker Zentralismus Seite 3-6

● Europawahlkampf

Europa muß man richtig machen! Generalsekretärin Angela Merkel stellt die Konzeption des Wahlkampfes und die neuesten Großflächen vor. Seite 7

CDU-TVSpots im Juni: Private Rundfunkanstalten Seite 33

● Schröder-Regierung

Wolfgang Schäuble: Jetzt hilft nur noch die Notbremse. Seite 10

● Sonderparteitag

Angela Merkel: Die Grünen sind völlig gespalten und nicht regierungsfähig. Seite 11

● Wertekongreß

Generalsekretärin Angela Merkel: Es ist der Anspruch

HEUTE AKTUELL

der CDU, die führende politische Kraft in den neuen Bundesländern zu sein. Seite 12

● Steuerschätzung

Gunnar Uldall: Rot-grüner Wachstumseinbruch beeinträchtigt Steuereinnahmen. Seite 14

Gerda Hasselfeldt: Klare Abfuhr für rot-grüne Finanzpolitik. Seite 14

Dietrich Austermann: Schleifspuren falscher Politik. Seite 15

● CDU Saar

49. Landesparteitag in Dillingen: Traumvotum für Müller – Mit Zuversicht ins Zukunftsprojekt. Seite 26

● CDU Schleswig-Holstein

Volker Rühle: Wir machen Zukunft für Schleswig-Holstein. Seite 28

● UiD Extra

Freiheit, die wir meinen. Rede des Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem 2. Zukunftsforum Grundwerte am 15. Mai in Cottbus.



... und manchmal steht sie noch! Zehn Thesen zum 10. Jahrestag nach dem Fall der Mauer. Ein Diskussionspapier der Wertekommission der CDU. Innenteil

UiD

16/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König. Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, 53113 Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.